

LESERBRIEFE

Vertrauensverlust

So funktioniert die Zentrale des Kantons Luzern. Trotz einer Informationsperre bis zum 3. Dezember 2013 findet der vertrauliche Untersuchungsbericht von alt Oberrichter Sollberger bereits am 20. November 2013 den Weg zur «Rundschau des Schweizer Fernsehens». Unglaublich. Solche «Lecks» sind nicht förderlich für das Vertrau-

en in den zentralistisch organisierten Kanton Luzern. Bleibt zu hoffen, dass die Staatsanwaltschaft den oder die Fehlbaren rasch findet und auch hier konsequent die strafrechtlichen Folgen eingeleitet werden.

Hansjörg Gassmann,
Wauwil

Pädagogisch und finanziell ein Blödsinn

«Inklusion» heisst das Zauberwort der modernen Pädagogik. Darunter versteht man die integrierte Schulung aller Kinder eines Jahrgangs, wie sie der Kanton Luzern seit einigen Jahren auf der Primarstufe anstrebt. Untersuchungen zeigen, dass Länder und Regionen mit inklusiven Schulmodellen in allen Bereichen beste Leistungsergebnisse erzielen. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Lernbehinderung ist ein Erfolgsmodell. An unserer Schule in Buttisholz wird diese Integration seit vielen Jahren erfolgreich und zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelebt und umgesetzt.

Interessant ist nun, dass am anderen Ende der Leistungsskala der Kanton Luzern auf der Sekundarstufe I mit viel Aufwand eine Sonderschule für Begabte führt. Diese teure Doppelspurigkeit ist nur noch in wenigen Kantonen der Schweiz anzutreffen, doch in Luzern ist die Abschaffung des Langzeitgymnasiums offenbar eine heilige Kuh. Solange wir für dieses pädagogisch unsinnige Modell einen bis zwei Steuerzehntel aufwenden können, haben wir es doch nicht nötig zu sparen!

Rolf Villiger, Willisau,
Schulleiter Buttisholz

Rotstift bei der Verwaltung

Haben Sie gewusst, dass in diesem Jahr im Kanton Luzern rund dreimal mehr Bildungs- und Kulturangestellte beschäftigt sind als Polizisten? 785 Polizisten stehen 2027 Angestellten von Kultur und Bildung gegenüber. Waren 2010 bei der Luzerner Polizei 760 Vollzeitstellen besetzt, waren es in der Volksschulverwaltung 332. Dieses Jahr sind 25 Polizisten (+3,3%) mehr beschäftigt, in der Volksschulverwaltung sind es bereits 506 Personen (+52%). Dass im gleichen Zeitraum die Anzahl Schüler zurückging und die Klassen vergrössert wurden, gleichzeitig die Kriminalität zu-

nahm, sei hier nur am Rande bemerkt. Bei solchen Verwaltungsexzessen zeigt sich, wo der Rotstift angesetzt werden müsste, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Stattdessen wollen sowohl der Bildungs- als auch der Finanzdirektor die Schüler strafen, indem die Schulzeit um eine Woche verkürzt wird. Heil dir Helvetia, wenn die Verwaltung auf dem Buckel unserer Kinder aufgebläht und gleichzeitig die Sicherheit vernachlässigt wird.

Robert Arnold,
Kantonsrat SVP, Reiden

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80

Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken (2700 Zeichen). Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse (Strasse, Wohnort) versehen sind. **wb**

BRIEF

aus dem Nationalrat



Albert Vitali
FDP, Oberkirch

Die letzten paar Wochen standen für mich im Zeichen des Voranschlags 2014. Oft war ich in Bern an den Finanzkommissions-Sitzungen, wo wir den Voranschlag berieten. Dabei wurden 59 Einzelanträge eingereicht, die besprochen werden mussten. Schluss-

Nichts Neues im Voranschlag 2014

endlich wurden von den 59 Anträgen nur zwei angenommen. Die restlichen wurden abgelehnt oder zurückgezogen.

Der Voranschlag 2014 ist eher solid und bewegt sich in ruhigen Gewässern. Die Einnahmen und Ausgaben von je rund 66 Mia. Franken weisen ein Defizit von 109 Mio. aus. Man kann den Voranschlag somit als ausgeglichen bezeichnen. Die Einnahmen wachsen gegenüber dem Vorjahresbudget um 2,7% und die Ausgaben um 2,2%. Der gesamte Personalaufwand von 5,489 Mia. Franken nimmt im Vergleich zum Voranschlag 2013 um 2,1% zu. Damit wächst er deutlich weniger stark als in den Jahren zuvor.

Sparprogramm gescheitert
Die vorgesehenen Sparmassnahmen mit dem Konsolidierungs- und Ausgabenüberprüfungsprogramm (KAP 2014) wurden vom Ständerat angenommen, jedoch vom Nationalrat leider abgelehnt. Von der linken Seite wurde beantragt, an der Rückweisung festzuhalten und die grossen Finanzbeschlüsse dann zu fällen, wenn die Projekte auch wirklich anstehen. Die

ENTLEBUCH In Entlebuch soll die Kantonsstrasse auf einer Länge von 730 Metern saniert und sicherer gemacht werden. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen Sonderkredit von 7,9 Mio. Franken.

Die Sanierung der Strasse, die in einem schlechten Zustand sei, sei ein

Dringlichkeit sei nicht gegeben. Für die SVP geht das KAP zu wenig weit. Es sollten echte Ausgabenkürzungen vorgeschlagen werden. Sie wollen ein härteres Sparprogramm. Für sie ist das KAP bereits der Kompromiss. Bei den Einzelanträgen, die in der Beratung gestellt werden, werde viel vom KAP weggelassen und am Schluss sei nichts Nennenswertes mehr da. Das mag wohl stimmen, aber ich habe lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Das KAP ist – zusammen mit der Schuldenbremse – ein zentrales Instrument, um die finanzielle Stabilität unserer Bundesfinanzen zu sichern.

Eine Minderheit aus FDP/CVP/BDP/GLP beantragt, das KAP zu behandeln. Nun kommt es nächste Woche nochmals zur Diskussion im Nationalrat. Lehnt es der Nationalrat erneut ab, so ist das Geschäft erledigt und der Bundesrat müsste eine neue Vorlage ausarbeiten. Dies gäbe eine grosse Ver-

zögerung und birgt die Gefahr, dass man später unter grossem Druck Massnahmen beschliessen müsste.

Transparenz schafft Klarheit
Mit verschiedenen Vorstössen verlange ich Transparenz – im Personalwesen, bei den Bundesimmobilien, bei der Mehrwertsteuer. Ohne Transparenz haben wir Parlamentarier keine Kontrolle. Eben diese ist aber unsere Kernaufgabe. Der Bundesrat hat natürlich keine Freude und lehnt alle Vorstösse ab. Die Debatte darüber hat noch nicht stattgefunden und ich freue mich darauf.

Nicht leichtsinnig werden
Die Staatsfinanzen sehen gut aus, uns geht es gut – vielleicht zu gut. Wir haben keine grosse Lohnschere in der Schweiz und einen gesunden Mittelstand. Trotzdem müssen wir wachsam sein. Wenn wir die Ausgaben nicht im Griff haben und nicht sparen, steigen die Schulden sofort rasant an.

Die Initiative strebt eine Änderung des Pflegefinanzierungsgesetzes an. Verlangt wird, dass die Pflegekosten, die weder von den Patienten noch von den Krankenkassen bezahlt werden, je zur Hälfte von Kanton und Gemeinden übernommen werden. Heute müssen die Kommunen diese Restfinanzierung alleine tragen.

Der Regierungsrat begründet die Verlängerung der Behandlungsfrist damit, dass er bereits vom Parlament mit einer Motion zu einer Revision des Gesetzes beauftragt worden sei. Da sich die Forderungen der Initiative zum Teil mit dem Inhalt der Motion überschneiden, sei es geboten, beide Geschäfte gemeinsam im Kantonsrat zu behandeln.

Das Kantonsratsgesetz sieht vor, dass der Regierungsrat eine Initiative, nachdem sie zustande gekommen ist, innerhalb eines Jahres dem Kantonsrat zur Behandlung vorlegt. **sda**



ANNO DAZUMAL

Empfang eines Vereins beim Bahnhofkiosk in Willisau: Das Bild wurde vor der Elektrifizierung 1945 aufgenommen. Bei den Ehrendamen erkennt man als Dritte von links Marie Wermelinger-Heller. Sie erlernte den Beruf als Scheiderin. 1944 heiratete sie Alfred Wermelinger, der in Willisau eine Fuhrhalterei und Transportunternehmen betrieb. Neben der Erziehung der drei Söhne und einer Tochter war sie jeden Tag mit dem Schneidern beschäftigt. Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Guido Wermelinger, Zürich.

Initiative soll später behandelt werden

PFLIEGEFINANZIERUNG Der Luzerner Regierungsrat will die Volksinitiative «Für eine gerechte Aufteilung der Pflegefinanzierung» mit anderen politischen Arbeiten koordinieren. Er beantragt deswegen dem Kantonsrat, die Behandlungsfrist um rund ein Jahr bis März 2015 zu verlängern.

Die Initiative strebt eine Änderung des Pflegefinanzierungsgesetzes an. Verlangt wird, dass die Pflegekosten, die weder von den Patienten noch von den Krankenkassen bezahlt werden, je zur Hälfte von Kanton und Gemeinden übernommen werden. Heute müssen die Kommunen diese Restfinanzierung alleine tragen.

Der Regierungsrat begründet die Verlängerung der Behandlungsfrist damit, dass er bereits vom Parlament

mit einer Motion zu einer Revision des Gesetzes beauftragt worden sei. Da sich die Forderungen der Initiative zum Teil mit dem Inhalt der Motion überschneiden, sei es geboten, beide Geschäfte gemeinsam im Kantonsrat zu behandeln.

Das Kantonsratsgesetz sieht vor, dass der Regierungsrat eine Initiative, nachdem sie zustande gekommen ist, innerhalb eines Jahres dem Kantonsrat zur Behandlung vorlegt. **sda**

Kantonsstrasse soll saniert werden

ENTLEBUCH In Entlebuch soll die Kantonsstrasse auf einer Länge von 730 Metern saniert und sicherer gemacht werden. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen Sonderkredit von 7,9 Mio. Franken.

Die Sanierung der Strasse, die in einem schlechten Zustand sei, sei ein

altes Anliegen, schreibt der Regierungsrat in seiner am Montag veröffentlichten Botschaft. Weil jetzt der Dorfkerne erneuert werde, sei der Zeitpunkt ideal, um den Strassenabschnitt zu erneuern und die Linienführung zu optimieren.

Im Tagesdurchschnitt fahren 8000 Fahrzeuge auf der Kantonsstrasse durch das Dorf Entlebuch. Das grosse Verkehrsaufkommen beeinträchtigt

die Sicherheit der Fussgänger und Velofahrer, schreibt der Regierungsrat.

Das Bauprojekt sieht vor, dass es künftig auf beiden Seiten der Strasse ein durchgehendes Trottoir gibt. Bei den Fussgängerstreifen solle es Inseln geben. Nicht nur die schadhafte Strasse wird erneuert, sondern auch die Entwässerung. Instand gesetzt werden sollen auch die Kunstbauten. Der Baubeginn ist für 2014 vorgesehen. **sda**

Die Pole rechts und links treiben mit ihren anstehenden Initiativen (Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen, Einführung Erbschaftsteuer, gegen Masseneinwanderung) ein gefährliches Spiel. Wir zerstören freiwillig unsere Wettbewerbsfähigkeit und geben unsere Standortvorteile leicht aus der Hand. Mit diesen Initiativen schädigen wir unsere Wirtschaft empfindlich. Wir bestrafen die «Gschaffigen» und Leistungsbereiten. Eigenverantwortung gilt nur noch wenig. Im Ausland schütteln sie wegen solchen radikalen Forderungen den Kopf. Gleichzeitig freuen sie sich und sind wie eine lauernde Katze vor dem Sprung. Unsere ausländische Konkurrenz ist gross. Sie wartet auf unsere Schwäche und nutzt sie sofort aus. Heute sind wir noch gut aufgestellt.

Gute Rahmenbedingungen sind unser Markenzeichen – nicht zu weit und nicht zu eng. Machen wir weiter so, es hat sich bewährt.